

Thorner Zeitung



Begründet 1760.

Erscheint wöchentlich sechs Mal abends mit Ausnahme des Montags.
Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Wiederjährlicher Abonnement-Preis: Bei Abholung aus der Expedition und den Depots 1,50 Mark. Bei Zusendung frei ins Haus in Thorn, Vorstädte, Mocker und Podgorz 2 Mark. Bei sämtlichen Postanstalten des deutschen Reiches (ohne Scheckgeld) 1,50 Mark.

Anzeigen-Preis:
Die s-gesetzte Petit-Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.

Ausnahme bei der Expedition bis 2 Uhr und Walter Hambeck
Buchhandlung, Breitestraße 6, bis 1 Uhr Mittags.

Auswärts bei allen Annoncen-Expeditionen.

Redaktion und Expedition, Bäckerstr. 89.

Fernsprech-Ausdruck Nr. 75.

1899

At. 20

Für die Monate

Februar
März

abonniert man auf die

Thorner Zeitung

bei sämtlichen Postanstalten, den Abholestellen, in der Stadt, den Vorstädten, Mocker und Podgorz für

1 Mk.

Frei ins Haus durch die Austräger 1,85 Mk.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. Januar.

Das Kaiserpaar machte Sonnabend früh einen Spaziergang. Später hörte der Kaiser militärische Vorträge, während die Kaiserin die Kunstaustellung besuchte.

Gotha, 22. Januar. Anlässlich der morgigen Silberhochzeit des Herzogspaares prangt die Stadt in reichem Fahnen- und Blumenschmuck. Vormittags fand Festgottesdienst statt. Am Nachmittag wurde von Sängern hierziger Vereine im Hof des Schlosses Friedenstein eine Serenade dargebracht, auf welche ein Fackelzug der Schüler, Birsine und Fabrikarbeiter, von insgesamt 4000 Personen, folgte. Das Herzogspaar nahm mit seinen fürstlichen Gästen die Serenade vom Balkon des Schlosses entgegen und ließ auch von hier aus den Fackelzug vorbeifilzen. Abends findet Familienther und spätere Festvorstellung im Hoftheater statt.

Der Papst leidet an einer Kopfschwellung, deren Verlauf normal ist. Das Allgemeinbefinden des Papstes ist günstig und zufriedenstellend.

Der Kommandirende Admiral v. Knorr hat dem König Oskar von Schweden, der unserer Marine angehört, zu seinem 70. Geburtstage die Glückwünsche unserer Flotte über sandt.

Die "Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben: Die im Repräsentantenhaus in Washington gefallenen pro-amerikanischen Lebewerungen gegen Deutschland haben Veranlassung gegeben, daß einige maßgebende amerikanische Persönlichkeiten in München den Besluß gefaßt haben, der amerikanischen Regierung eine Protestkundgebung aller in München weilenden Amerikaner zu übermitteln, in welcher der Dank für die alte Freundschaft der Amerikaner in Deutschland zum Ausdruck gebracht sowie konstatiert werden soll, daß in Deutschland keinerlei Animosität gegen Amerika besteht und daß die von einem Mitgliede des Senats in Washington geführte Sprache auf das Schärfste zu missbilligen sei. Vorbesprechungen werden in den nächsten Tagen stattfinden.

Die Abrüstungskonferenz soll den "allerneusten" Meldungen zufolge in Kopenhagen stattfinden.

Erlochell.

Erzählung von W. Höffer.

Nachdruck verboten.

19. Fortsetzung.

Mechanisch den Weg um das Schloß verfolgend, gelangte sie bis an die vordere, nach innen offenkommende Thür. Hier im großen Saale pflegte ihr Knabe zu spielen, während sie selbst las oder ihm Kleidchen fertigte, hier träumte sie, vor sich den See und den Park, von jenem anderen Schloße, das auch einsam inmitten dässerer Wälder an so stillen Ufern lag, und wo doch die Blume des Glücks für sie aussprochne, wo sie die flüchtige Seiltugie der Liebe kennen lernte um den Preis ihrer ganzen zerstörten Zukunft. Ein helles Schlucken hob die gepreßte Brust. Sie lehnte ihre Sirene an die bunten, strahlenscheinigen Glasscheiben der Thür und läßtete unbewußt einen Namen — Otto! Nur eine Kunde noch vor ihm, ein Blick in sein Auge! O Vater im Himmel, warum schaffst Du das glühende unbewegliche Verlangen nach Glad, wenn nur Entzagung uns für dasselbe zu Theil wird, wenn nie, wie eine andere Stimme der unfrigen die ersehnte Antwort giebt, ein Echo des eignen Fühlens und entgegenhallt? — O, Du bist grautam, unerbittliches Schicksal, daß Du gerade die heißen Herzen zur Einsamkeit verurtheilst, während rings in der Nähe die Mittelmäßigkeit schwelgt und die Schärme triumphiert!

Ihre Brust hob und senkte sich schwer, ihre Hände bedeckten das blaue Gesicht. Also zurück in das Giebelstübchen da oben, wo der Blick die weiße Haide streift, wo sich der Geist vertirkt in den Problemen des Lebens, und wo nur aus den zerlesenen Blättern ein einziger Sonnenshimmer hinwinkt in das kurze, totte Heute!

„Ihr graute. Aber war sie nicht Mutter, besaß sie nicht Ihr Kind, die natürliche, unschuldige Liebe des Frauenherzens? — Kann eine Mutter verarmt sein und unglücklich?

Der Reichstag war am Samstagabend so schwach besetzt, wie er in der neuen Legislaturperiode noch niemals gewesen ist. Man zählte zum Beginn der Berathung kaum zwei Dutzend Abgeordnete. Allmählich füllte sich das Haus wohl etwas; beschlußfähig wäre es aber auch am Schlusse der Sitzung nicht gewesen. Das lag einmal daran, daß das Interesse an der Erörterung der socialpolitischen Fragen an dem dritten Berathungstage darüber schon etwas abgeschwächt war und daß anderseits das preußische Abgeordnetenhaus einen "großen Tag" hatte, und diejenigen Herren, die beiden Häusern angehören, daher zur ersten Stairslelung nach der Prinz Albrecht-Straße geeilt waren. Es zeigte sich also wieder so recht, wie unangenehm es ist, wenn der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus gleichzeitig tagen müssen. Beider wird dies in der gegenwärtigen Session länger der Fall sein müssen, als bisher, da die Reichstagsession so spät wie dies Mal noch nie zuvor begonnen hat. Trotz des Mangels an starker Belebung und trotz einer gewissen Ermüdung, die sich unter den spärlich erschienenen Mitgliedern bemerkbar macht, war die Reichstagsverhandlung doch außerordentlich beachtenswerth. Die dort behandelten Fragen berührten zwar nicht die sogen. hohe Politik, aber sie betreffen Dinge, die von einschneidender Wirkung in das Leben eines jeden Bürgers sind. Sich über die bereiteten socialpolitischen Fragen klarheit zu verschaffen, ist Federmanns ernste Pflicht; die gegenwärtigen Reichstagsverhandlungen geben willkommene Gelegenheit dazu.

Der Vorstand des Reichstages hat beschlossen, am 27. d. Ms. Nachmittags 4 Uhr den Geburtstag des Kaisers durch ein Festessen zu feiern. Drei Mitglieder des Vorstandes wurden mit den Arrangements der Feierlichkeit betraut. — Dem Reichstage ist das Bankgesetz zugegangen.

Um Beseitigung des Maximalarbeitsstages im Bäckereigewerbe haben eine Anzahl schlesischer Bäckerinnungen Schritte gethan mit dem Anheben, an Stelle der Maximalarbeitszeit die Minimalarbeitszeit einzuführen. Die Regierung ist solcher Änderung nicht abgeneigt.

Der Badeanstalt wird in der dem Bundesrat z. B. vorliegenden Novelle zur Gewerbeordnung nicht allgemein geregelt. Vielmehr soll nur in den Octen eine bestimmte Stunde für den Schlaf aller Verkaufsläden bestimmt werden, wo sich die Mehrheit aller Gewerbetreibenden dafür erklärt hat.

Der Seniorennkonvent des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß, den Konservativen den Voritz in der Budgetkommission, Wahlprüfungs- und Unterrichtskommission einzuräumen, den Nationalliberalen in der Gemeinde- und Geschäftskontrollungskommission, dem Centrum und den Polen in der Petitionskommission und Agrarkommission, den Freikonservativen in der Justizkommission, den Freisinnigen in der Rechnungskommission.

Die Akustik des neuen Abgeordnetenhauses ist jetzt eine bessere. Die im Saale Anwesenden können jedes Wort der Redner verstehen. Nur Herr Dr. Sattler war, wenigstens auf der Journalistentribüne, schwer verständlich. Das lag aber nicht an der Akustik, sondern einfach daran, daß der Herr Abgeordnete den Rednerstattern seinen Rücken zuzudrehen beliebte.

Die halbmäthlichen "Berl. Polit. Nachr." schreiben: "In der 'Berl. Börsenzeitung' vom 17. d. Ms. wird mitgetheilt, daß auf der Wannseebahn für die Einführung des

elektrischen Betriebes Einleitungen getroffen würden. Hieran wird die Bemerkung geknüpft, die Staatsseehhverwaltung scheine weitergehende Absichten über Umwandlung des Betriebes zu haben. Es seien im Ministerium Berechnungen über Einführung des elektrischen Betriebes auf der Hamburger Bahn angefertigt worden, die nicht nur eine fünfprozentige Verbilligung, sondern auch die Möglichkeit ergeben hätten, die 38 Meilen lange Strecke bis Hamburg in 1 $\frac{1}{2}$ Stunden zurückzulegen. Diese Bemerkung entstammt lediglich der Phantasie des Berichterstatters, an ihn ist kein Wort richtig. Auch das, was über die Wannseebahn berichtet wird, ist nur teilweise zutreffend. Es handelt sich bei dieser nicht um die Einführung des elektrischen Betriebes, sondern nur um den Versuch, einen Wagenzug elektrisch anstatt mit einer Lokomotive zu befördern. Dieser Versuch hat insbesondere auch den Zweck, über einige Vorfragen Aufklärung zu gewinnen, die für die Beurtheilung der elektrischen Bussförderung auf Hauptbahnen von Wichtigkeit sind."

Der frühere Archivrat in Bippendorf, Dr. Berkemeyer, der beschuldigt wurde, zu Gunsten der Schaumburger amtliche Schriftstücke besitzt zu haben, ist seines Amtes entthoben und zu seinem Nachfolger der Archivassistent Dr. Kießling in Königsberg zunächst commissarisch bestellt worden. Die Untersuchung gegen Dr. Berkemeyer ist noch nicht abgeschlossen; es sind vielmehr noch einige lippische Beamte zu vernehmen.

In der Privatbeleidigungslage des Herausgebers der "Bukunst" Harden gegen den Herausgeber der Preußischen Jahrbücher Prof. Delbrück hat in Berlin ein neuer Prozeß stattgefunden. Der Gerichtshof beschloß, alle Beweisanträge Delbrück's abzulehnen, da bei Beleidigungsklagen Beweisanträge nur soweit zulässig sind, als sie sich ganz vorstellt auf die Beleidigung selbst beziehen. Delbrück habe urkundliche Beweise beizubringen. — Nach längerer Verhandlung zogen Kläger und Befürworter die Strafanträge zurück und übernahmen jeder die Kosten für Klage und Befürwortung. — Eine tolle Komödie!

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom Samstagabend, 21. Januar, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Graf Posadowsky.

Das Haus ist sehr schwach besetzt; es sind etwa 30 bis 40 Mitglieder anwesend.

Präsident Graf Ballerstrem eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß das Baulgesetz eingegangen ist.

Die Staatsberatung wird beim Etat des Reichsantzes des Innern, Titel: Gehalt des Staatssekretärs, fortgeführt.

Abg. v. Czartinski (Pole): Ja den polnischen Landesbeamten werde das Recht der polnischen Arbeiter illosrich gemacht, da man keine Beamte ansiele, die der polnischen Sprache mächtig seien. Mit einer Weiterführung der sozial-politischen Bestrebungen sei seine Partei im Allgemeinen durchaus einverstanden.

Abg. Dr. Biel haben (Krefeld): Wie stelle sich die Reichs-Sozialpolitik zu der vom Staatssekretär des Reichspostamts eingeschlagenen Sozialpolitik bez. der Beschäftigung von weiblichen Personen und jungen Leuten von 16 Jahren? Redner wünscht sodann Verbesserungen in der Bäckerei-Berordnung.

Abg. Dr. Wieser (Freiburg): Wie begrüßt die in der Riede des Abg. Fr. Heyl zu Herrnsheim zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme der Nationalliberalen zur sozialen Gesetzgebung. Hoffentlich traten die Nationalliberalen mit der gesamten Linke für das Koalitionsrecht und gegen Verstärkungen der Strafen für Streikende ein. Ja Dreyhausen . . .

und große Thränen hingen an ihren Wimpern. Gewiß, das war der erlösende Tod, eine Vision der überreichten Sinne, die nur jenes Bild wiederspiegeln, in welchem alle ihre Gedanken sich vereinigten.

Oto! — Ich Oto!

Und dann verflug der Nebel. Er stand an ihrer Seite, er hielt ihre Hand und seine geliebte Stimme flüsterte mit leisem, von der heftigen Erstörung fast ersticktem Ton ihren Namen. „Vergib es Julie, das ich dir her kam, — ich mußte es, konnte mich nicht weigern.“

Die unglückliche Frau lauschte mit allen Kräften ihrer Seele nicht dem Inhalt, nur dem Klang seiner Worte. Sie dachte nicht sie fragte nicht. Zu einem Bild von fester Gestalt war das Alles noch nicht geworden, nur ihre Sinne hatten das Einzelne erfaßt. Sie sah ihn, sie hörte ihn sprechen, — es schien so unmöglich, hier nach dem "wie" zu forschen; es lag wie ein Alp auf ihrem Denkvermögen. Sie lächelte unter Thränen.

„Du bist wieder bei mir, Oto, — ich halte Deine Hand. Du, Du bist bei mir!“

Oto legte die Rechte auf ihren Scheitel und sah zugleich voll Trauer und Zärtlichkeit in das geliebte, jetzt von einem so weichen, so milden Ausdruck verschönerne Antlitz Juliens. „Setz ruhig,“ bat er, „setz ruhig, liebes Herz. Du bliebst fast irre. Du erschreckst mich. Und zweiste nicht an mir, Theuerste; vergib es, daß ich kam.“

Aber sie schlüpfte den Kopf. Es gibt Stunden, in denen das Menschenherz nicht zu restieren vermag, in denen es alle Schranken von sich abstreift und seine Freiheit erzwang, ohne es zu wissen, gleichsam und unwillkürlich, wie die Natur zuweilen Heilung bringt, wo alle Kunst verschwendet schien, ja aller Kunst zum Hohn. Und eine solche Stunde war für die bedauernswerte junge Frau herangekommen. — sie handelte unter dem Einfluß einer zwingenden Notwendigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

So verändert das Antlitz und von grauen Streifen durchzogen das Haar; so fremd die Erscheinung in Uniform mit dem breiten schwarz-roth-goldenen Brustbande, — und doch, wie bekannt das Alles, wie treu und fest das blaue Auge! — so als habe er gestern zuletzt in das ihre gesehen, als könne es nur diesen einen Ausdruck festzen, nun und immer, bis in den Tod!

Oto! — —

Sie sprach es, ohne an die Wirklichkeit des Daseins zu glauben; sie breitete die Arme aus, wie in halber Bewußtlosigkeit,

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde keinen Redner hindern, Reden Sr. Majestät des Kaisers oder anderer Bundesfürsten hier in seinen Erörterungen zu erwähnen, jedoch sagt sich voraus, daß die Reden dieser Höchsten und Hohen Personen dem Reichstag authentisch bekannt geworden sind, d. h. entweder, daß sie uns geschäftsordnungsmäßig zugegangen sind, wie z. B. die Chronreden oder andere Ennuntionen des Kaisers ähnlicher Art, oder daß sie im Reichs- und Staatsanzeiger ihrem Wortlaut nach publiziert sind. Ich glaube, die Erfurter, die wir Sr. Majestät dem Kaiser und den anderen Bundesfürsten schuldig sind, aber ebenso auch die Würde des Reichstages erfordern es, daß wir von Reden, welche nur durch Zeitungsnachrichten oder sonst nicht authentisch bekannt wurden, keine Notiz nehmen. Ich bitte die Herren, sich danach zu richten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fortfahren): Ich werde mich dem Herrn Präsidenten gern fügen, glaube aber, daß die in Rede stehende Anerkennung unter diejenigen falle, von denen der Staatssekretär Graf Posadowsky gesagt hat, er würde nicht, daß im Reiche etwas passirt sei, für das der Reichskanzler nicht mit vollster Überzeugung die Verantwortlichkeit übernommen hätte. (Sehr gut! links.) Redner betont dann, daß für strafwürdige Sirenen schon jetzt genügend Strafmittel vorhanden seien. Zu streichen sei, daß die entsprechende Vorlage im Geiste des Herrn v. Stumm ausfallen würde. Seine Partei sei für unbedingte Koalitionsfreiheit, für Anerkennung der Berufsvereine; für Reformen bez. des Kinderschutzes, im Versicherungswesen, der Seemannsordnung, der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der Gesinde-Ordnung. Reichsverdroffenheit sei wohl vorhanden, dagegen seien die "allseitigen Rechtsgarantien" durchaus nicht vorhanden, nicht einmal für einen deutschen Bundesfürsten. (Beifall links.)

Abg. Schrempf (ton s.) erklärt Namens der konservativen Partei, daß die bisherige soziale Gesetzgebung allerdings ihren Zweck nicht erfüllt habe, gewisse Kreise der Bevölkerung zurückgewinnen für das Leben und Arbeiten innerhalb der bestehenden Staatsordnung. Wenn die Lasten der Gesetzgebung nur die Großunternehmer tragen, so könnte man es gehen lassen, seine Partei wäre hierin geneigt, so weit als möglich mit der Linken zu gehen. Aber die Haupträte der neuen Gesetzgebung lägen auf dem Mittelhande, der schwer zu leiden hätte. Das moderne Faustrecht des Kreises müsse abgeschafft werden.

Abg. Rössler-Dessau (b. f. Fr.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Fechner v. Stumm bez. des Ministers v. Bepelsky. — **Abg. Dr. Dertel** (ton s.) spricht gegen die Bäcker-Berordnung, die weder den großen, noch den kleinen Betrieben genügt und das Denunziantenthum großziehe. — **Abg. Prinz Schönaich-Carolath** (Hosp. d. Natl.) bestritt die weitere Errichtung von Volksschulen und die Zulassung weiblicher Abiturienten zum ordentlichen Universitäts-Studium.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. von Czarinski hat die Frage aufgeworfen, wie das Unfallversicherungsgesetz im Lande gehandhabt werde. Ich lege als Staatssekretär des Inneren Werth daran aus sozialpolitischen Gründen, daß die Arbeitersiedlung in ihrer Gesamtheit die Überzeugung bekommt, daß ihre Interessen auf dem Gebiete der Sozialpolitik fest und unparteiisch gewahrt und namentlich auch schnell erledigt werden.

Es ist von einem Vorredner gegen die Postverwaltung der indirekte Vorwurf erhoben worden, sie wollte Frauen und Kinder in ihre Verwaltung einstellen in einem Umfang und zu Gefällen, daß sozialpolitische Bedenken entstehen müßten. Es werden jetzt in der Reichspostverwaltung 4800 Frauen beschäftigt; man hat aber bisher so charakteristische gesundheitsgefährliche Folgen aus ihrer Beschäftigung im Telephondienst nicht festgestellt. Spezielle Berufskrankheiten sind bisher nicht vorhanden. Meine Herren! Es sollen allerdings Knaben unter 16 Jahren angestellt werden, aber lediglich zum Ausdrucken von Depeschen, und daß das eine gesundheitsgefährliche Beschäftigung sei, wird Niemand behaupten. Ich glaube, als Staatssekretär des Innern habe ich keine Veranlassung, Bedenken gegen die Maßregel der Postverwaltung auszusprechen. Die neue Seemannsordnung ist fertiggestellt und wird noch diesem Reichstag vorgelegt werden können. Was die Bäcker-Berordnung betrifft, so habe ich eine Umfrage über die Wirkung der Polizeiverordnung an alle verbündeten Regierungen gerichtet, habe aber bisher noch nicht von allen verbündeten Regierungen Auskunft erhalten. — Was die Ausführungen betrifft, die von der linken Seite des Hauses gemacht sind, so ist es nicht meine Sache und würde nicht den Postbeamten entsprechen, darüber in eine Debatte einzutreten, warum ein Minister Seiner Majestät des Königs von Preußen um Entlassung aus dem Dienste gebeten hat; aber ich kann auch nicht die Deutung zulassen, daß ein Personenwechsel stattgefunden hätte aus dem Grunde, weil die Kaiserlichen Klasse nicht weiter ausgeführt werden sollten. Ich halte mich für verpflichtet, zu betonen, daß man aus alledem nicht den Schluss ziehen kann, daß nicht auch die gegenwärtige Regierung vollkommen und entschlossen auf dem Standpunkte der Kaiserlichen Klasse stünde. — Es ist auch wieder von Reichsverdroffenheit geredet worden. Wer von Reichsverdroffenheit spricht, verwechselt lediglich den Gegenstand. Durch die Begründung des Deutschen Reiches sind die gesetzgeberischen Funktionen sowohl auf sozialpolitischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete von den Einzelstaaten auf das Reich übergegangen, und wie das in jedem Staate ist, der sich reorganisiert, neue Formen annimmt, haben mit diesem Wechsel selbstverständlich in allen Schichten der Bevölkerung lebhafte Hoffnungen und Wünsche sich geregt auf Reformen aus allen Gebieten, und ich glaube, man hat auch bei diesen Wünschen und Hoffnungen manchmal die Staatsmacht und die Staatskompetenz übersehen. Wir könnten nicht Alles erfüllen und können nicht Alles das erfüllen, was aus der breiten Deutlichkeit vom Staate gefordert wird. Auf der anderen Seite empfindet man es lästig, wenn der Staat auf anderen Gebieten im Interesse der Staatskrise und zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung von seinen Mitteln uneingeschränkt Gebrauch macht; hierin liegt ein gewisser Gegensatz. Hieraus entsteht vielleicht in manchen Fällen ein gewisses Gefühl der Verdroffenheit. Das ist aber nicht Reichs-, sondern Staatsverdroffenheit. Mit der fortschreitenden politischen Bildung wird dieses Gefühl der Enttäuschung schwinden und das Gefühl der Freude immer mehr Raum finden, daß wir eine große starke Nation geworden sind, die im Auslande große Achtung genießt. (Beifall rechts.)

Es folgen Bemerkungen der Abg. Freiherr von Stumm (Bp.) Rössler-Dessau (b. f. Fr.), Schrader (kreis. Bp.) (der auf das Universitätsstudium der Frauen eingehend und insbesondere die Verhinderung der Frau zum ärztlichen Beruf vertritt), Staatssekretär Graf Posadowsky, Abg. Dr. Hildebrandt und Freiherr von Stumm. — **Nächste Sitzung:** Montag 1 Uhr. — **Tagesordnung:** Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz. Interpellation über das Weingesetz. Fortsetzung der Staatsberatung. (Schluß nach 5 Uhr.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom Sonnabend, 21. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. v. Miquel, Frhr. v. d. Recke, Dr. Bosse, Thiel, Schröder und Kommissare.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Dann beginnt das Haus die erste Lesung des Staats.

Abg. Richter (freis. Bp.): Im Reich werden die guten Einnahmen als Begründung für immer neue Lasten angeführt und benutzt; in Preußen geschieht das Gegenheil; hier wird Thesaurierung politisch (Politik der Aufspeicherung von Schätzen) getrieben, und der Finanzminister warnt vor Vernehrung der dauernden Lasten. Trotzdem steht die Leitung der Finanzpolitik dort wie hier unter Herrn von Miquel. In Preußen übersteigt das Kapital in rentierenden Anlagen den Schuldenbetrag; trotzdem werden große Fonds zur Schuldenabwendung verwendet. Aber zu Zwecken der Eisenbahnen werden Anleihen gemacht, anstatt sie aus laufenden Mitteln zu befreien. Der Minister meint, die Verstaatlichung der Eisenbahnen habe sich glänzend bewährt. Das ist nur eine Folge der Finanzabwendung, die bei mehreren Millarden schwer ins Gewicht fällt. Hätten wir die Konkurrenz von Privatbahnen so hätten wir vielleicht niedrigere Tarife und ständen dadurch noch weit besser. Herr v. Miquel sagt, wenn billigere Tarife verlangt werden, er müsse sich der Interessenten erwähnen. Weshalb erwähnt er sich nicht seiner agrarischen Freunde? (Große Heiterkeit) Bei den Steuern ist keine klare Rechnung aufgemacht; es wird eine dankbare Aufgabe der Budgetkommission sein, die hinzusezten. Bei der Steuerreform hat man mit der Überweisung der Gewerbesteuer an die Kommunen einen Fehler gemacht. Gegen die großen Warenhäuser will man eine Ausnahmegesetz machen, obgleich diese Betriebe gerade für die Mittelklassen den Konsum wohlfühlen. Den Mittelständen im Kleinstandel könnte man auf genossenschaftlichem Wege abhelfen. Für manche Zwecke in der Finanzminister sehr freigiebig, für andere dagegen sehr sparsam. Neben den "Reichsstädtionsfonds" zur Hebung des Deutschen Reichs in den Ostmarken werden wir uns in der Kommission unterhalten müssen, um

zu verhindern, daß seine Verwendung aus der parlamentarischen Kontrolle verschwindet. Ich habe mich seiner Zeit gegen den Dortmund-Ems-Kanal erklärt, weil die Interessenten nicht genügend zu den Kosten herangezogen waren. Die jetzige Kanalvorlage erscheint uns nothwendig, wir fürchten nur, daß die Benutzung durch zu hohe Tarife erschwert werden wird, namentlich wenn die Verwaltung des Wasserbaus es auf das Landwirtschaftsministerium übergeht. Dies Minsterium ist nicht nur einseitig, es segelt völlig im Schlepptrudel der Agrarier. Es wird am besten sein, ein Bauamt im Ministerium zu schaffen, schon um Hoch- und Wasserbau nicht zu trennen. (Sehr richtig im Centrum.) Industrie und Handel würden unter dem Egoismus der Agrarier zu leiden haben, wenn der Wasserbau dem Landwirtschaftsministerium unterstellt würde. Das Betriebskapital der preußischen Centralgesellschaft ist erst auf 20 Millionen, dann auf 50 Millionen Mark erhöht worden, jetzt verlangt ein Hauptstück der Agrarier 300 Millionen. Auf dem wirtschaftlichen Gebiete konstituiert die Thronrede eine große Schaffensfreudigkeit und ein Anwachsen des Wohlstands. Es wäre vergeblich, dagegen den Rückgang der Domänenpächter anzuführen. Man bedauert sich über die Sachsen ganz gerecht. Nun, sie ist hervergerufen durch die frankhafte Ausdehnung der Rübenkultur. Will man dem Arbeitermangel abholzen, so daß man nicht jährlich Tausende von Arbeitsmännern ausheben. Man muß die Gebundenheit des Großgrundbesitzers in den östlichen Provinzen aufheben. Dann wird der Landarbeiter der Arbeiter, der sie zum Abwanderen zwingt, bestreitig werden, der kleine und mittlere Grundbesitz wird sich vermehren. Herr von Miquel will davon nichts wissen; er ist ängstlich bewußt, den Besitz der toten Hand, der zu Anfang dieses Jahrhunderts fast gänzlich verschwunden war, zu erhalten und zu vermehren. — Ich wende mich zu dem Kultusminister, dem Minister des Geistes. (Heiterkeit.) Ich erkenne an, daß er für das Schulwesen materiell in diesem Jahr etwas mehr thut. Mit der Vermehrung der Kreisschulinspektoren geht Herr Bosse aber sehr langsam vor, er nimmt sogar den Städten ihre Stadtschulinspektoren. Meint er etwa, damit den Eltern der Kommunen für das Schulwesen zu heben? Ein allgemeines Schulgesetz wird nicht zustande kommen; weshalb will man die Verhältnisse, bei denen keine konfessionellen Fragen inbetracht kommen, durch besondere Gesetze regeln? Ein Gesetz, wie das von 1892, ist unmöglich. Herr Bosse erreicht ja alles, was das Gesetz einführen wollte, auf dem Verwaltungsweg. Die jüdischen Lehrerinnen sucht man hinunter zu grauen, indem man ihnen das Ordinariat abnimmt. Gegen die Privatdozenten hat man im vorigen Jahre ein Gesetz gemacht, in diesem Jahre kommen die Professoren selbst dran. Es sind etwa 30 Jahre vergangen, daß man einen Professor diszipliniert hat, und noch nie ist es vorgekommen, daß man einen diszipliniert hat, weil er das herrschende System zu sehr gelobt hat (sehr gut im Centrum.) Der Fall Delbrück hat eine allgemeine Bedeutung, er zeigt, daß man die Professoren zu politischen Beamten herabdrücken will. Was bei der Rechtsreform herauskommen wird, ist mir unklar. Vielleicht wird man auch den Aerzten, dem letzten akademisch gebildeten Stande, der sich noch politischer Freiheit erfreut, eine Disziplinarbehörde geben. — Ich wende mich nun zu dem Minister des Innern. Es ist eine Novelle zum Kommunalwahlgesetz angekündigt, weshalb nicht auch zum Landtag? Die Minister üben in ihrem Bericht bescheiden ihre Wahlrechte in der dritten Classe aus, auch der Reichskanzler, der in aller Herren Ländern große Begüterungen besitzt. Die erste und zweite Classe waren von dem Inhaber eines Bankhauses und seinen zwei Söhnen eingenommen. In anderen Beiträgen wählen Haushalte in der ersten Classe. Ist da Sinn und Verstand in diesem System? Bei der Reise nach Palästina hat sich die politische Macht mit dem Bombenschwindel in Alexandria blamiert. Der Schieferkopf des Ministers, sofort scharf zu schicken und einzuhauen, sieht mit allen preußischen Traditionen in Widerspruch, sogar mit der Instruktion über den Wassergebrauch des Militärs. Der Erlass ist meines Erachtens kein Zeichen von Stärke der Regierung. Weshalb wird die Erlaubnis zu einer neuen Umlösung des Friedhofs der Märzgefallenen nicht erteilt? Weshalb muß Herr Kirschner seit acht Monaten auf seine Bestätigung als Oberbürgermeister warten? Man sagt, der Minister habe die Bestätigung befohlen; ob er es gethan oder nicht, ist gleichgültig, er bleibt verantwortlich für das, was geschieht, und auch für das, was unterlassen wird. Herr v. Lucanus gab die Inschrift, die Inschrift als Grund an. Und wie heißt die Inschrift: "Wiederstädt, der in den Märztagen 1848 in Berlin Gefallenen." Ist das eine revolutionäre Inschrift? Der Friedhof darf doch nicht zu einem Schindanger verschaffen! Eine solche Kleinlichkeit der Gesinnung ist mir noch nicht vorgekommen! (Beifall links.)

Finanzzminister v. Miquel: Der Staat hat Herr Richter nicht bemängelt, sondern nur die Sparsamkeit, sowie Gesetze, die noch nicht einmal vorliegen. Ich kann also kurz antworten. Wir erheben ihm zu viel Steuern und tilgen ihm zu viel Schulden. Wir sollten uns freuen wenn einmal Jahre kommen, wo wir nicht zu viel neue Unterlehen aufnehmen müssen, sondern tilgen können. Solche Niedersarten vom Aufspeichern führen uns gerade dahin, daß die Bevölkerung an den Staat bei den Bürgern wächst, wenn man ihnen sagt, daß zu viel Steuern ihnen abgenommen werden. Auch im Reiche ist die Sache absolut anders, als Herr Richter sagt. Nicht zu leugnen ist, daß der Rückgang der Domänenpachten ein bedenkliches Zeichen für die Lage der Landwirtschaft ist. Und ich fürchte, daß wir mit einem dauernden Rückgang rechnen müssen. Richtig ist ja, daß der allgemeine Wohlstand sich gehoben, aber die Lage der Landwirtschaft bleibt fortgesetzt schwierig. Herr Richter meint, mit dem Dispositionsfonds für Posen, Westpreußen und jetzt auch in Schlesien verschärft wir nur die Gegenläufe. Aber wer hat denn bisher die Gegenläufe verschärft? — Nicht wir! Wir haben lange Jahre die Dinge gehen lassen, aber die Gegenläufe sind gerade dadurch immer nur schärfer geworden durch die wachsende Dresdigekeit der Agitation. Ich appelliere an die besser unterrichtete öffentliche Meinung. Solche nationalen Fragen gegenüber dem Auslande nicht so zu behandeln, wie dies geschehen ist, daß werden wir erst noch lernen müssen. Andere Länder sind uns darin weit voraus. Ich kann nur wünschen, daß der Staat auch sonst so wenig Anfechtungen erfährt, wie Seitens des Abg. Richter. (Große Heiterkeit, Beifall und vereinzeltes Klatschen.)

Abg. Graf Lindenburg (ton s.) wendet sich gegen die Bemerkungen des Abg. Richter über die Begehrlichkeit der Agrarier und über das Wahlrecht.

Mit dem Bau von Kanälen muß mit größter Vorsicht vorgegangen werden, denn unsere Finanzen werden dadurch gefährdet, wegen des Einnahmeaussfalls für die Eisenbahnen. In Bezug auf die Auswanderungen sieht meine Partei vollkommen hinter der Politik der Regierung.

Kultusminister Bosse: Herr Richter muß ich erwidern: Eine Regelung der Volksschulunterhaltungspflicht ist, das erkenne ich an, dringend zu wünschen. Aber ich bin noch nicht genau im Stande, die Lasten zu übersehen, die aus dem Bevölzungsgesetz schwächen. Das ist der Grund, weshalb ich eine Vorlage von noch machen konnte. Der Fall Delbrück liegt nicht auf dem Gebiet der Lehrfreiheit, sondern auf dem des Beamtenrechts und des Beamtenalts. Die Professoren sind zweifellos Staatsbeamte. Delbrück hat seine Kritik der Ausweisungen in einer Form ausgesprochen, welche dieselbe Regierung, die ihn in eine so hohe Vertrauensstellung berufen hat, unmöglich extragen könnte, wenn sie nicht allen Anspruch auf Autorität verlieren wollte, auch im Auslande, wo man Gift aus solchen Neuerungen saugt.

Abg. Dr. Sattler (nil.) der der Journalistentreiblin dauernd den Rücken dreht und deshalb schwer zu verstehen ist, bespricht zahlreiche Einzelheiten des Staats und erklärt seine Zustimmung zu den Ausweisungen aus Schleswig.

Montag Fortsetzung der Berathung. (Schluß gegen 5 Uhr.)

Ausland.

Nordamerika Washington, 21. Januar. Der deutsche Botschafter v. Hollenbeck überreichte heute dem Staatssekretär Hay zwei wichtige aus Berlin eingegangene Depeschen und hatte hieran anschließend eine lange Unterredung mit demselben. Die Depeschen enthielten eine ausführliche Darstellung der letzten Vorgänge auf Samoa vom deutschen Standpunkt aus, der sich in vielen wesentlichen Einzelheiten von den bisher veröffentlichten Darstellungen unterscheidet. Nach der Konferenz zwischen dem Botschafter und dem Staatssekretär äußerte ein Vertreter der Botschaft in hoher diplomatischer Stellung, daß Ansehen, daß die Angelegenheit neuendringt angenommen habe, lasse eine friedliche Beilegung der selben möglich, ja sogar wahrscheinlich erscheinen. In wahrgenommenen Kreisen wird positiv erklärt, daß bis heute Mittag weder von den Vereinigten Staaten allein, noch in Verbindung mit England ein Protest erhoben worden sei. Es kann sicher behauptet werden, daß, wenn die Kommissionen verschiedene Berichte den Thatsachen entsprechen, die Handlungen Dr. Raffels und des General-Konsuls Rose nicht das Ergebnis von Intrusionen aus Berlin seien. Man ist der Ansicht, daß diese Handlungen, soweit sie eine Vertragserlegung einschließen, nicht die Billigung der deutschen Regierung finden werden. — (Die vorstehende Meldung stammt aus englischer Quelle. D. R.)

Provinzial-Nachrichten.

Culm, 20. Januar. Ein frischer Diebstahl wurde gestern Nachmittag hier verübt. Die Besitzerin Hermann aus Culm kaufte ein Spind, daß sie auf den draußen liegenden Schuppen schaffen ließ, dann ging sie wieder in das Geschäft hinein, um den Einkauf zu bezahlen. Als sie wieder herauskam, war der Spind leer. Die Frau meldete den Vorfall der Polizei. Da beide das Gespür nach Thoren zu fühlend gelehrt hatten, so wurden die Ortsgendarme dort selbst telegraphisch benachrichtigt und ist es heute früh gelungen, die Diebstahlbahn zu verübt zu werden. Es ist der Müller B. aus St. (Kreis Culm.) Der Dieb war gerade im Begriff, die Pferde in den Stall zu bringen. Tags vorher sind ihm die eigenen Pferde gestohlen und ver sucht er nun auf diese Weise in den Besitz eines Fuhrwerks zu gelangen. — Die 78 Jahre alte geistesschwache Frau Müller hat sich gestern früh aus ihrer Wohnung entfernt und ist spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen nach ihr sind bisher ergebnislos geblieben.

Marienwerder, 21. Januar. Nehmliche Vorfälle, wie sie aus Köln und Marienwerder gemeldet werden, sind in jüngster Zeit auch in unserer Nachbarstadt Marienwerder vorgekommen. Eine Milchfrau wurde in früher Morgenstunde am Unterleibe schwer verletzt, ein junges Mädchen erhielt einen Messerstich, der glücklicherweise am Corsett abprallte. Ebenso wurden noch einige andere junge Mädchen belästigt. Die bisherigen Nachforschungen scheinen bereits auf die Spur des Thäters geführt zu haben.

Welpzin, 20. Januar. Die befreundeten Priester beabsichtigen dem neugewählten Bischof Dr. Rosentreter in nächster Zeit ein goldenes Bischofskreuz als Geschenk zu überreichen. Die Gemeinde Lichau bei Konitz wird ihm, da er aus ihrer Mitte hervorgegangen ist, eine goldene Bischofskette verehren. Der Bischof stammt aus der kleinen Ortschaft Abrau; dieser Ort gehörte bis zum Jahre 1892 zur Pfarrgemeinde Lichau. Auch die Abrauer beteiligen sich am Ehrengeschenk, wozu fröhliche Beiträge gesammelt werden. — **Elbing**, 20. Januar. In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde an Stelle des frisch verstorbenen Herrn Stadtrathes Sallbach Herr Fabrikbesitzer G. Siegel zum unbefohlenen Magistratsmitgliede gewählt.

Bromberg, 22. Januar. Das Komitee für die Einrichtung eines zoologischen Gartens hielt kurzlich wieder eine Sitzung ab; es wurde mitgetheilt, daß das Bayerische Stabillissement mit Hinzunahme benachbarter Landes sich zur Anlage eines solchen Gartens eigne, und es wurde eine besondere Kommission für den Gründungsbeitrag gewählt.

Wojen, 20. Januar. In der heutigen Sitzung der Ansiedlungskommission waren sämtliche Mitglieder anwesend. Die Verhandlungen dauerten von 10 Uhr früh mit einer Mittagspause bis zum Abend. Morgen werden die Berathungen fortgesetzt. Nicht nur über den Anlauf neuer Güter und zahlreiche Gedanken anstellungslustiger Bauern aus dem Westen ist zu beschließen, sondern auch über den Bau von Schulen, Kirchen und anderen gemeinnützigen Anstalten auf den schon aufgeteilten Besitzungen. Wie schon erwähnt, entwickelt sich das Bevölkerungswezen in überaus günstiger Weise, und es liegen auch so zahlreiche Meldungen von Kolonisten vor, daß ein gedehnter Fortgang der Thätigkeit der Kommission gesichert ist.

Vokales.

Thorn, 23. Januar.

Vorpersonalien. Der Regierungsschaffner Frankenthal zu Greifswald ist dem Landrat des Kreises Marienwerder zur Hülfeleistung in den landräthlichen Geschäften zugethalten worden. — Dem prakt. Arzt Dr. Hugo Wedemann jun. in Brauk, Oberarzt des dortigen Krankenhauses, ist der Charakter als Sanitätsrat verliehen worden. — Es sind versezt worden: der Gerichtsdienner Meißner in Danzig in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht in Strasburg und der Gefangenenaufseher Meißner in Grauburg als Gerichtsdienner an das Amtsgericht in Danzig.

[Personalien bei der Post] Versezt sind: die Postassistenten Bößelbein von Schlemmühl nach Neumark, Winkel von Thorn nach Danzig, Hamerski von Dr. Krone nach Bromberg, Schidzic von Thorn nach Neuenburg, Wachholz von Thorn nach Jablonowo.

X [Silberhochzeit.] Gestern feierten die Bildhauer Biakiewicz'schen Freunde hierherbst das Fest der Silberhochzeit.

[Eine geistliche Musikaufführung] veranstaltete gestern Abend in der Altstadtkirche evangelischen Kirche Herr Organist Steinwender. Das Concert war sehr gut besucht. Herr St., der sich bekanntlich als Gesangs

Händen des Herrn Char. — Den Beschluss des Festes bildete, die unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichts Donner-Steinau stattfand, und zu der wohl annähernd 200 Interessenten erschienen waren, zum sehr großen Theil Gutsbesitzer und kleinere ländliche Besitzer aus der näheren und weiteren Umgegend Thorns sowie den Nachbarorten. Herr Stadtrath Dietrich hob in einer kurzen Ansprache hervor, daß Einschüchterungsversuche von außerhalb (Grauburg) her uns nicht beeinflussen würden; die zu gründende Fabrik stehe in Thorn auf der rechten Stelle, und es ständen auch Männer an der Spitze des Unternehmens, welche die Bürgschaften bieten, daß die Fabrik keinen Sonderinteressen, sondern dem Allgemeinen von Stadt und Land dienen soll. Sollte das erforderliche Kapital von den anwesenden Interessenten nicht voll gezeichnet werden, dann würde das fehlende Kapital sofort im engeren Kreise aufgebracht werden, wozu die Bereitwilligkeit mehr als ausreichend vorhanden sei. Das Unternehmen siehe also außer jeder Frage, so daß Einschüchterungsversuchen auswärts absolut zwecklos seien. Herr Rechtsanwalt Schlee verlas dann die aufgestellten Satzungen, die paragraphenweise eingehend durchberaten und mit einigen geringfügigen Änderungen angenommen wurden. Auch eine Anzahl von Anfragen aus dem Interessentenkreise wurden hierbei beantwortet. Auf eine Frage des Herrn Feldkowro, ob schon ein bestimmtes Grundstück für die Fabrik in Aussicht genommen sei, teilte Herr Donner-Steinau mit, daß die Fabrik auf der Jakobswall hinter der Schneidemühle von Kurze u. Kittler und dem städtischen Schlachthause gebaut werden soll. Das Gesamtareal, einschließlich des Betriebsgeländes, umfaßt etwa 110 Morgen und gehört zum Theil zu Modler. Herr Dietrich legte noch klar, daß für die Fabrikfläche selbst nur 10 bis 12 Morgen notwendig seien. Das übrige Gelände sei für Vertriebungszwecke bestimmt. Die betreffenden Parzellenbesitzer seien durch Verträge bis zum 15. März gebunden. Allerdings werde man für den Morgen wohl den hohen Preis von 3 bis 400 Mark aufwenden müssen, aber das dürfe schließlich keine Rolle spielen. Es sei aber auch noch garnicht entschieden, ob überhaupt die Vertriebung zur Verwertung der Abwasser gewählt werden sollte, und sei letzteres nicht der Fall, dann brauche man das Gelände von Modler überhaupt nicht. Herr Sand-Vielow betonte, daß man von Modler auch dann nicht abhängig sei, wenn die Vertriebung eingeführt würde, denn hierfür könne zu verschwindend billigen Preisen auch eine entsprechende Morgenzahl von dem nahe gelegenen Dominium Vielow erworben werden. — Wie gesagt, wurden die Satzungen mit kleinen Änderungen angenommen und es wurde dann zur Bezeichnung der Aktien geschritten, die sehr flott von Statten gingen.

* [Das Frauenleben in Russland in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung] lautete das Thema eines Vortrages, den Frau Fanny Nazareff aus St. Petersburg auf Einladung des hiesigen Kaufmännischen Vereins am Freitag Abend im großen Saale des Artushofes hielt. Wir entnehmen den interessantesten, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen der Rednerin das Folgende: Bis in das vorige Jahrhundert hinein führte die Russin der vornehmen Stände ebenso wie die aus dem Kaufmannsstande ihr Leben in Abgeschlossenheit und Nichtstun dahn. Den ersten Versuch, dem Leben der Russen eine freiere Richtung zu geben, machte Peter der Große und unter den folgenden Kaiserinnen wurden die dahingehenden Bestrebungen fortgesetzt. Allmählich fing dann die Frau auch an, an dem sozialen Leben teilzunehmen. Heutzutage ist die Russin die freieste unter allen Frauen neben den Amerikanerinnen. Der wichtigste Punkt in dem russischen Frauenleben der Gegenwart ist die große Sorgfalt, welche auf die Bildung der weiblichen Jugend verwandt wird, und in dieser Beziehung steht Russland allen übrigen europäischen Staaten voran, mit Ausnahme von England. Im Jahre 1876 hatte Russland schon 320 Mädchengymnasien mit 55 000 Schülerinnen. Selbst die Kultur griechischer und lateinischer Schriftsteller wird von den jungen Mädchen betrieben. Die Prüfungen sind streng. Schon die Aufnahme in diese Gymnasien wird davon abhängig gemacht, ob die Mädchen die deutsche und französische Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Der Jubiläum zu dem Gymnasium ist groß; der Adel und bessere Bürgerstand wird auf den höheren Bildungsstätten sogar stärker durch Mädchen als durch Knaben vertreten. In Petersburg, Moskau, Rostow und Kasan befinden sich außerdem Lehranstalten, welche besonders den Zweck verfolgen, Lehrerinnen für die Mädchengymnasien und Erzieherinnen heranzubilden. Im Jahre 1872 wurden in Petersburg die ersten medizinischen Kurse für Frauen errichtet; sie unterstehen jetzt dem Minister für Volksaufklärung. Auch zu diesen Kursen ist der Jubiläum sehr lebhaft. Auch hier sind die Schlussprüfungen streng, werden aber meistens glänzend bestanden. Die jungen Kandidatinnen haben dann das Recht, selbstständig die medizinische Praxis auszuüben. Sowohl im Krieg wie im Frieden, besonders zu Zeiten von Epidemien, haben die weiblichen Mediziner in Russland eine erprobte Tätigkeit an den Tag gelegt. Außerdem besteht dann noch andere Arten der Tätigkeit gebildeter russischer Frauen; seit dem Jahre 1864 wurde ihnen der Einstieg in das Telegraphenamt gestattet, und seit 1888 ist die russische Telegraphin pensionsberechtigt. Ihre Anzahl ist im freien Steigen begriffen. — Einen gewaltigen Kontrast zu dem freien Leben der Russinnen aus den genannten Kreisen bildet jedoch die traurige Lage der russischen Bäuerinnen. Hier herrschen, wie Rednerin ausführt, noch geradezu orientalische Zustände. Dem Muschil sind grobe Rechte über sein Weib eingeräumt und er huldigt dem Grundsatz: "Ich liebe Dich wie meine Seele und schlage Dich wie meinen Pelz." Dieses brutale Recht existiert sich auch auf seine wärmsten Dienstboten. Nur wenig Lichtpunkte sind hier zu verzeichnen; als einer derselben kann wohl der stark ausgeprägte Familienzinn der Landbevölkerung betrachtet werden. Im Anschluß hieran schilderte Rednerin noch verschiedene originelle Gebräuche der russischen Bauern und widmet schließlich auch noch den Trachten der Russinnen, sowohl der höheren wie der niedrigsten Stände eine eingehende Schilderung.

* [Bon-Alli-Weyl] der orientalische Magier, der gestern zum ersten Mal hier im Schützenhaus austrat, hat in jeder Hinsicht voll gehalten, was man sich nach den Ankündigungen von ihm versprechen konnte. Die meisten seiner Darbietungen sind neu und überraschend und die Form der Vorführungen ist von vollendetem Eleganz. Seine "Zauberstücke" werden so überaus gewandt von ihm und seiner Tochter, der anmutigen Sulamith, ausgeführt, daß sie alles Anrecht auf Bewunderung beanspruchen können und in ihren einzelnen, schier unerklärlichen Zügen immer von Neuem die Aufmerksamkeit des Zuschauers fesseln. — Wir können deshalb den Besuch der nur noch heute und morgen, Montag und Dienstag, im Schützenhaus stattfindenden Vorstellungen aufs beste empfehlen.

* [Die Aktiengesellschaft Starkefabrik Thorn] ist in einer heute Mittag im Spiegelssaal des Artushofes abgehaltenen Versammlung konstituiert worden,

Branchbares Vanholz vom Abbruch herabsteigend, dat zu verkaufen. Herrmann Roeder, Klein Modler b. Thorn.

Billard steht zum Verkauf.

Franz Wiese, Friedrichstr. 6. Zum 1. April suche ich für meine Buchhandlung einen

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

E. F. Schwartz.

256

Lehrling mit den nötigen Schulekenntnissen.

Die Lieferung

an Kartoffeln für die Küchen des I. Bataillons Infanterie-Regiments von Borde ist vom 1. April bis 31. Oktober 1899 zu vergeben. Anerkennungen auf Lieferung sind bis zum 3. f. M. an die unterzeichnete Küchen-Verwaltung schriftlich einzusenden.

308

Die Küchen-Verwaltung
des I. Bataillons Infanterie-Regiments
von Borde (4. Bomm.) Nr. 21.

Bekanntmachung.

Die Staats- und Gemeindesteuern pp.
für das IV. Vierteljahr d. Rechnungs-
jahres 1898 sind zur Vermehrung
der zwangswise Betreibung bis

den 14. Februar 1899

unter Vorlegung der Steuerausschrei-
bung an unsere Kämmerer-Nebenkasse im
Rathaus während der Vormittags-Dienst-
stunden zu zahlen.

Die Interessen der Steuerzahler machen wir
darauf aufmerksam, daß der Andrang in den
lechten Tagen vor genannten Termins siebz
ein sehr großer ist, wodurch selbstverständlich
die Abfertigung der Betreffenden verzögert
wird. Um dieses zu verhindern, empfehlen
wir, schon jetzt mit der Zahlung zu beginnen.

Thorn, den 21. Januar 1899.

Der Magistrat.

Steuerabteilung. 334

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Feldsteinen zur Unter-
haltung der städtischen Chausseen für das
Rechnungsjahr 1899/1900 soll in öffentlicher

Verbindung vergeben werden.

Es werden erforderlich: für die
1. Culmer Chaussee 85 cbm
2. Graudener " 71
3. Leibitzer " 1250 "
4. Grembauer " 27 "

Angebote sind in verschloßenen Umschlägen
mit entsprechender Aufschrift versehen bis
Montag, den 30. Januar 1899,

Vormittags 11 Uhr
an das hiesige Stadtbauamt postfrei einzureichen
wohlselft die eingegangenen Angebote zur
festgesetzten Zeit in Gegenwart der etwa
erschienenen Anbieter eröffnet werden.

Bedingungen und Angebotsformulare liegen
im Stadtbauamt während der Dienststunden
zur Einsicht aus oder können von dort gegen
Erstattung der Schreibgebühr von 50 Pf.
für das Stück bezogen werden.

Zuschlagsfrist 4 Wochen. 263

Thorn, den 13. Januar 1899.

Der Magistrat.

Nachtrag

zu dem Statut für die Stadt Thorn
betreffend das Gewerbegericht in Thorn.

1. In § 14 fallen hinter den Worten
„die Wahlhandlung, welche öffentlich ist
und in der Zeit“ die folgenden Worte
„von Vormittag 9 bis Mittag 1 Uhr
und“ fort;

2. Dem Statut wird als § 53 hinzugefügt:
„Die dienstliche Ansicht über die Ge-
schäftsführung des Gewerbegerichts
nimmt gemäß § 7 des Zuständigkeits-
gesetzes vom 1. August 1883 der Re-
gierung-Präsident wahr.“

Thorn, den 15. Oktober 1898.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.
Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Bezirksausschuss.

B A 7758 II. Vorstehender Nachtrag zu
dem Statut betreffend das Gewerbegericht in
Thorn wird auf Grund des § 11 der
Stadtordnung vom 30. Mai 1853 in Ver-
bindung mit § 16 Abs. 3 des Zuständigkeits-
gesetzes vom 1. August 1883 und des § 1
des Gesetzes vom 29. Juli 1890 betreffend
die Gewerbegerichte genehmigt.

Marienwerder, den 29. November 1898.

In Vertretung

gez. Kreischmann.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez. Boethke.

Obiger Nachtrag nebst Genehmigungsver-
merk wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht.

Thorn, den 20. Januar 1899.

Der Magistrat.

gez. Dr. Kohli. Stachowitz.

Thorn, den 20. November 1898.

Die Stadtverschönerungs-Versammlung.

gez.